

telegraph

Aktuelle Blätter der Umwelt-Bibliothek Berlin
Griebenowstrasse 16, Berlin 1058

Nr. 3

Redaktionsschluss: 15. 10. 1989, 24.00 Uhr

Freilassung von Inhaftierten

In Leipzig wurden unter anderem freigelassen: Gundula Walter, Jens Kuhn, Ralf Wienschters, Jutta Getzel, Jens Michalke, Axel Gernerdt, Udo Hartmann, Mirco Ketzler, Ramona Ziegner, Carola Bornschlegel, Holger König, Jörg Müller, Andre Giy, Axel Hemman, Falk Houcquel. Entlassen wurden nur Personen, gegen die wegen "Zusammenrottung" (§ 217, Abs. 1) ermittelt wurde. Noch wegen politischer Delikte in Haft befinden sich in Leipzig nach Angaben vom Freitagabend mindestens 23 Personen, gegen die nach § 213, 214, 215 und anderen ermittelt wird. Namentlich wird Jens Kuhlow genannt.

In Berlin wurden unter anderem freigelassen: Jörg Zickler, Silvio Meier und die beiden in Zusammenhang mit der Demonstration "China ist nicht fern" festgenommenen Thorsten Röder und Henryk Schulze.

Von den uns bekannten Inhaftierten wird offenbar noch Olaf Stabs festgehalten.

Unklar ist, ob damit ergangene Urteile kassiert und Ermittlungsverfahren aufgehoben wurden. Die uns bekannten Freigelassenen bekamen dazu keine Auskunft, dagegen einen Staatsanwaltstermin, wo ihnen vermutlich Näheres mitgeteilt wird.

Es gibt zunehmend deutlichere Gerüchte, daß Angehörige der Bereitschaftspolizei, die sich weigerten, auf Demonstranten einzuschlagen, zum Beispiel in Berlin und Leipzig, Haftstrafen unter anderem in Schwedt zu verbüßen haben. Dem muß auf jeden Fall nachgegangen werden.

Das Berliner Kontakttelefon hat die Nummer 4484235.

Öffentliche Erklärung

Westliche Medien heben hervor, daß eine erweiterte Politbürotagung der SED eine Erklärung verfaßt hat, in der eine gesellschaftliche Diskussion in der DDR angekündigt wird. In der im "Neuen Deutschland" vom 12. Oktober abgedruckten Fassung finden wir wenig davon.

Wir warnen entschieden davor, diese Versuche, dem gesellschaftlichen Druck in letzter Minute auszuweichen, als tatsächliches Umdenken überzubewerten. Reformen kann uns niemand "von oben" zum Geschenk machen - wir müssen sie in Wahrheit und Solidarität erringen.

Als minimale Voraussetzung für einen Dialog vermissen wir:

1. die Freilassung der im Zusammenhang mit Protest- und Verzweiflungsaktionen Inhaftierten, die Aufhebung der ergangenen Urteile, Strafbefehle und Ordnungsstrafen, sowie Einstellung der Ermittlungsverfahren;
2. das klare Eingeständnis der eigenen Verantwortung des Politbüros für die in unserem Land entstandene Situation;
3. Anerkennung aller demokratischen Bürgerinitiativen, weil die zugelassenen "Formen und Foren der sozialistischen Demokratie" offensichtlich nicht ausreichen.

Dialog ist nur auf gleichberechtigter Basis unter freien Bürgern möglich und schließt alle Formen der demokratischen Meinungsäußerung ein.

Berlin, den 12.10.89

Gruppe Gegenstimmen
Friedenskreis Friedrichsfelde
Kirche von Unten, Berliner Gruppe

Umwelt-Bibliothek Berlin
Mitglieder des Friedenskreises
Weißensee